

## **Vorlage für die Sitzung des Senats am 20. Februar 2018**

### **„Haushalte 2017 – Feststellungen zur Resteübertragung, Rücklagenbildung und zu Verlustvorträgen“**

#### **A. Problem**

Im Jahr 2017 sind im Landeshaushalt 380.661.416,54 € und im Haushalt der Stadtgemeinde 270.512.849,52 € an Ermächtigungen einschließlich beantragter Resteübertragung nicht genutzt worden.

Die am Ende des Haushaltsjahres nicht verbrauchten nicht übertragbaren Personalausgaben sowie erzielte allgemeine Mehreinnahmen einer Produktgruppe, die nicht zum Ausgleich etwaiger Mindereinnahmen oder unabweisbarer Mehrausgaben innerhalb des Produktplanes heranzuziehen sind, dürfen gemäß § 8 der Haushaltsgesetze einer Rücklage innerhalb eines Produktplanes zugeführt werden.

Die gemäß § 7 der Haushaltsgesetze und gemäß Haushaltsplan übertragbaren, nicht verbrauchten Personalausgaben sowie Zins-, Tilgungs- und konsumtiven Ausgaben dürfen, sofern sie nicht zum Ausgleich von Mehrausgaben oder von Mindereinnahmen herangezogen werden müssen, unter Berücksichtigung der Vorgaben nach § 45 (2) der Landeshaushaltsordnung als Ausgabereste in das Folgejahr übertragen werden.

Die Feststellung der Höhe der infrage kommenden Rücklagenzuführung bzw. Restebildung bedarf nach Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen der Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses.

Zudem ist der Haushalts- und Finanzausschuss nach § 8 Abs. 2 der Haushaltsgesetze ermächtigt, über die oben genannten Regelungen hinaus, Rücklagenbildungen zuzustimmen.

#### **B. Lösung**

##### Feststellungen von Verlustvorträgen, Rücklagen und Resten

Auf Basis der Ergebnisse des 13. Abrechnungsmonats wurden die rücklagefähigen Beträge bzw. zu übertragenden Ausgabereste - getrennt nach Landes- und Stadthaushalt - durch die Ressorts geprüft und in Abstimmung mit der Senatorin für Finanzen festgestellt.

Eventuell noch im 14. Monat veranlasste Veränderungen sind bei der Feststellung des Jahresergebnisses zu berücksichtigen und können gegebenenfalls die Beträge noch verändern. Die Senatorin für Finanzen wird dies im Rahmen der Tätigkeiten zum Abschluss des Haushaltsjahres berücksichtigen.

Die beabsichtigte Resteübertragung, Rücklagenbildung bzw. -entnahme und die Bildung bzw. der Ausgleich von Verlustvorträgen gesamt ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

### Feststellung von Verlustvorträgen, Rücklagen und Resten im Rahmen der Abrechnung der Produktplanhaushalte \*

(ohne Sonderhaushalte; gem. Vorschlag der SF)

	2016	2017	Veränderung 2017/2016	
	in Tsd. €			%
-vorbehaltl. weiterer Ergebnisse aus dem 14. Monat-				
<b>Verlustvorträge insgesamt</b>	<b>398,2</b>	<b>7.366,0</b>	<b>6.967,8</b>	<b>1.750,0</b>
davon				
-aus Mindereinnahmen	-4.632,2	-19.128,8	-14.496,6	313,0
-Ausgleich von Verlustvorträgen	5.030,3	26.494,7	21.464,4	426,7
<b>nachrichtlich:</b>				
<b>davon EU-abrechnungstechnisch bedingte Feststellungen</b>	<b>-2.921,9</b>	<b>10.426,4</b>	<b>13.348,3</b>	<b>-456,8</b>
-Mindereinnahmen	-4.302,8	-15.664,6	-11.361,8	264,1
-Mehreinnahmen/Reste zur Deckung von Verlustvorträgen	1.380,9	26.091,0	24.710,1	1.789,4
<b>Rücklagen/Reste insgesamt</b>	<b>287.308,2</b>	<b>651.174,3</b>	<b>363.866,1</b>	<b>126,6</b>
<b>allg. Budgetrücklage</b>	<b>5.534,5</b>	<b>7.685,4</b>	<b>2.150,9</b>	<b>38,9</b>
davon				
-aus Mehreinnahmen**	5.196,0	8.883,3	3.687,3	71,0
-aus rücklagefähigen Personalausgaben	338,5	0,0	-338,5	-100,0
<b>Ausgabereste</b>	<b>108.695,9</b>	<b>110.069,4</b>	<b>1.373,6</b>	<b>1,3</b>
davon				
-aus Personalminderausgaben	31.955,7	34.968,4	3.012,7	9,4
-aus kons. + sonst. Minderausgaben	76.740,2	75.101,1	-1.639,1	-2,1
<b>investive Rücklagen</b>	<b>166.702,8</b>	<b>93.018,4</b>	<b>-73.684,4</b>	<b>-44,2</b>
davon				
-aus investiven Mehreinnahmen	17.974,8	8,3	-17.966,5	-100,0
-aus investiven Minderausgaben	148.728,0	93.010,0	-55.717,9	-37,5
<b>Sonderrücklagen</b>	<b>6.375,1</b>	<b>440.401,1</b>	<b>434.026,0</b>	<b>6.808,1</b>
davon				
-Zuführung an Personalminderausgaben	0,0	9.178,7	9.178,7	-
-Zuführung an die neue Sonderrücklage	0,0	435.000,0	435.000,0	-
-sonst. Rücklagen	6.375,1	-3.777,6	-10.152,7	-159,3

\* Es handelt sich um das vorjährige Feststellungsergebnis. Im IST geringfügige Abweichungen aufgrund noch erfolgter Buchungen im 14. Monat.

\*\*In der Vorjahresdarstellung enthielt die Summe auch die allgemeine Budgetrücklage für PPL 92 (4,854 Mio. €), die haushaltstechnisch als Sonderrücklage geführt wird und daher korrekterweise nun in dem Jahresanfangsbestand der Sonderrücklagen aufgeführt ist.

- Im Vergleich zum Vorjahr reduzierten sich die Zuführungen zur investiven Rücklage in diesem Haushaltsjahr um 73,7 Mio. €. Bei der allgemeinen Budgetrücklage ist gegenüber dem Vorjahr hingegen ein Anstieg zu verzeichnen.

Der investive Rücklagenabbau in diesem Haushaltsjahr resultiert insbesondere aus der Rückführung der in 2016 von den Sondervermögen zur Verfügung ge-

stellten Konsolidierungs- bzw. Sanierungsbeiträgen in Höhe von 40 Mio. € (vgl. Senatsbeschluss 13. September 2016).

- Die Feststellungen beinhalten die Übertragung programm- bzw. projektbezogener, zum Teil gesperrter Ausgaben im Rahmen von EU- und Arbeitsmarktprogrammen (Produktplan 31 Arbeit), im Zusammenhang mit IT-Projekten (Produktplan 96 IT-Budget) sowie zur Finanzierung des Bäderkonzeptes (Produktplan 97 Immobilienwirtschaft und –technik). Die gesperrten Beträge werden zum Zwecke der Übertragung entsperrt und nach Übertragung in das Haushaltsjahr 2018 wieder gesperrt.
- Bei den Sonderrücklagen sind im Saldo Zuführungen in Höhe von 440,4 Mio. € beabsichtigt, die sich zusammensetzen aus 9,179 Mio. € Zuführungen an die zentrale Personalrücklage, 435 Mio. € aus nicht ausgeschöpften Kreditermächtigungen (**vgl. Anlage 1**) und im Saldo Entnahmen in Höhe von 3,778 Mio. € bei den übrigen Sonderrücklagen. Die Einrichtung von Sonderrücklagen haben auch andere Länder vorgesehen. Bis zur Entscheidung zum Umgang mit solchen Sonderrücklagen ab der bundesweit geltenden Schuldenbremsenregelung (2020) soll auf diese Mittel nicht zurückgegriffen werden.

Detaillierte Angaben zu den Zuführungen zu den allgemeinen und investiven Budgetrücklagen sowie den Sonderrücklagen, Ausgaberesten und zu den Verlustvorträgen der einzelnen Produktpläne getrennt nach den Haushalten des Landes und der Stadtgemeinde sind den **Anlagen 2A und 2B** zu entnehmen.

#### Streichung von übertragbaren bzw. rücklagefähigen Mitteln aufgrund erhaltener zentraler Deckungsmittel

Auf Grundlage des Konzeptes zur Lösung von Vollzugsproblemen im Haushaltsjahr 2017 vom 21. November 2017 haben die Ressorts, die zentrale Deckungsmittel erhalten haben, Ausgabereste bzw. rücklagefähige Beträge zu streichen, soweit diese nicht zweckgebunden bzw. rechtlich verpflichtet sind. Insgesamt wurden diesem Beschluss entsprechend Ausgabereste und rücklagefähige Mittel in Höhe von 2.326.199,37 € gestrichen. Von dem Beschluss ausgenommen war der Rettungsdienst. Dieser hat Reste in Höhe von 33,8 Tsd. € und ist daher der Vollständigkeit halber in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt. Die aufgrund des Beschlusses vorgenommenen Streichungen entsprechen rund 10% der zur Verfügung gestellten Mittel. Die produktplanbezogenen Ergebnisse können der nachfolgenden Übersicht entnommen werden.

	ausgegl. Risiken	Streichung im Rahmen der Abrechnung	verbliebene zentrale Deckung
	Tsd. €		
<b>07 Inneres (nur nachrichtlich)</b>	<b>3.498,0</b>	<b>33,8</b>	<b>3.464,2</b>
davon:			
- Rettungsdienst	3.498,0	33,8	
<b>21 Kinder und Bildung</b>	<b>19.111,0</b>	<b>1.790,7</b>	<b>17.320,3</b>
davon:			
Sofortprogramm "Mobilbauten"	19.111,0	1.790,7	17.320,3
Kindertagesbetreuung			0,0
<b>41 Jugend und Soziales</b>	<b>501,6</b>	<b>501,6</b>	<b>0,0</b>
davon:			
Entschädigungsleistungen "Jakobushaus"	501,6	501,6	
<b>GESAMT</b>	<b>23.110,6</b>	<b>2.326,2</b>	<b>20.784,4</b>

Im Produktplan 21 Kinder und Bildung ist zu beachten, dass der obige Senatsbeschluss keine Anwendung findet auf die konsumtiven Reste und investiven Rücklagenzuführungen im Zusammenhang mit den Schulbudgets. Hierbei handelt es sich um zweckbestimmte Mittel, die gemäß § 7 der Verordnung über die Selbstbewirtschaftung von Haushaltsmitteln durch Schulen „nicht zur Gesamtdeckung des Haushaltes herangezogen, sondern in das folgende Haushaltsjahr übertragen und den Schulen zur Verfügung gestellt“ werden.

### C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen.

### D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Durch die vorgeschlagenen Rücklagenzuführungen bzw. -entnahmen sowie die Feststellungen zu Verlustvorträgen werden sich der Rücklagenbestand und die Höhe der Verlustvorträge wie folgt verändern:

Jahresanfangsbestand (JAB) der Reste / Rücklagen	2017 JAB	Rücklagen		Ausgabereste Veränderung	2018 JAB
		Saldo Entnahmen/ Zuführungen 1-13	Saldo Entnahmen/ Zuführungen 14. Monat		
Tsd. €					
<b>allg. Budgetrücklage*</b>	26.295,0	-952,6	7.685,4	-	33.027,8
<b>Altersteilzeitrücklage</b>	440,7	0,0	0,0	-	440,7
<b>investive Rücklage</b>	167.021,3	-157.681,5	93.018,4	-	102.358,2
<b>Zwischensumme</b>	<b>193.757,1</b>	<b>-158.634,0</b>	<b>100.703,7</b>	<b>-</b>	<b>135.826,7</b>
<b>Sonderrücklagen</b>					
(ohne Kassenverstärkungsrücklage)	56.373,6	-2.510,1	5.401,1	-	59.264,6
<b>Neue Sonderrücklage</b>	0,0	-	435.000,0	-	435.000,0
<b>übertragene Ausgabereste</b>	108.695,9	-	-	1.373,6	110.069,4
<b>Zwischensumme</b>	<b>165.069,4</b>	<b>-2.510,1</b>	<b>440.401,1</b>	<b>1.373,6</b>	<b>604.334,1</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>358.826,5</b>	<b>-161.144,1</b>	<b>541.104,8</b>	<b>1.373,6</b>	<b>740.160,8</b>

\*In der Vorjahresdarstellung enthielt die Summe auch die allgemeine Budgetrücklage für PPL 92 (4,854 Mio. €), die haushaltstechnisch als Sonderrücklage geführt wird und daher korrekterweise nun in dem Jahresanfangsbestand der Sonderrücklagen aufgeführt ist.

Sofern die Reste bzw. Rücklagen im Haushaltsjahr 2018 in Anspruch genommen werden müssen, ist – wie bisher – zwecks Einhaltung des Konsolidierungspfades des Gesamthaushalts an anderer Stelle des Produktplans bzw. Senatorinnen-/Senatorenbudgets ein liquiditätsmäßiger Ausgleich vorzunehmen. Die Inanspruchnahme von Ausgaberesten und Rücklagen für mehrjährige Drittmittelprogramme (z.B. EFRE) wird gesondert im Rahmen der Liquiditätssteuerung 2018 geregelt.

Genderrelevante Aspekte werden durch diese Vorlage nicht berührt.

### **E. Beteiligung und Abstimmung**

Die produktplanbezogenen Feststellungen basieren auf den von den Ressorts übermittelten Reste-/Rücklagenfeststellungen. Evtl. abweichende Vorschläge wurden mit den betroffenen Ressorts abgestimmt.

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei abgestimmt.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Geeignet.

### **G. Beschlussvorschlag**

Der Senat stimmt der gemäß Anlagen 2A und 2B vorgeschlagenen Resteübertragung entsprechend der Vorlage 1905/19, der Bildung von und der Entnahme aus Rücklagen und der Bildung bzw. dem Ausgleich von Verlustvorträgen zu und bittet die Senatorin für Finanzen, die Vorlage den Haushalts- und Finanzausschüssen mit der Bitte um Zustimmung vorzulegen.

# ANLAGE 1

## Land Bremen

Senatorin für Finanzen - Ref. 20/21  
Berechnungsstand: 19.01.2018

Ergebnisse (in Mio. €)	IST			vorl. Abschluss	Anschlag	Veränd. ggü. Anschlag
	2014	2015	2016			
10 Steuern / LFA / BEZ	2.667	2.801	3.030	3.031	2.959	+72
11 Sonstige Einnahmen	693	672	716	874	749	-125
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>3.360</b>	<b>3.472</b>	<b>3.747</b>	<b>3.905</b>	<b>3.708</b>	<b>+197</b>
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+8,4	+3,4	+7,9	+4,2	-1,0	
20 Personalausgaben	603	612	627	656	648	+8
21 Sozialleistungen	397	425	547	545	565	-20
22 Sonstige konsumtive Ausgaben	1.781	1.968	2.027	2.023	1.978	+46
23 Investitionsausgaben	304	301	268	358	364	-6
45 Zinsausgaben	288	335	316	345	379	-33
25 Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)				0	6	-6
26 Globale Minderausgaben				0	-4	+4
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>3.373</b>	<b>3.642</b>	<b>3.786</b>	<b>3.927</b>	<b>3.935</b>	<b>-8</b>
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+1,8	+8,0	+3,9	+3,7	+3,9	
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-14</b>	<b>-170</b>	<b>-39</b>	<b>-22</b>	<b>-227</b>	<b>+205</b>
30 Konsolidierungshilfen (netto)	119	119	119	119	119	
Zwischenergebnis	105	-51	80	97	-108	+205
40 Rücklagensaldo (Zuführung/ Entnahme)	225	-13	76	-36	0	-36
<b>Nettokreditaufnahme</b>	<b>119</b>	<b>38</b>	<b>-5</b>	<b>-133</b>	<b>108</b>	<b>-241</b>

## Stadt Bremen

Ergebnisse (in Mio. €)	IST			vorl. Abschluss	Anschlag	Veränd. ggü. Anschlag
	2014	2015	2016			
10 Steuereinnahmen	723	728	880	906	835	+71
11 Schlüsselzuweisungen	335	350	375	377	370	+7
12 Sonstige Einnahmen	1.133	1.277	1.363	1.393	1.334	+59
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>2.192</b>	<b>2.355</b>	<b>2.618</b>	<b>2.678</b>	<b>2.539</b>	<b>+139</b>
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+7,0	+7,4	+11,2	+2,3	-3,0	
20 Personalausgaben	636	653	677	707	706	+1
21 Sozialleistungen	722	779	903	913	947	-34
22 Sonstige konsumtive Ausgaben	694	736	748	795	747	+48
23 Investitionsausgaben	454	258	238	274	295	-22
24 Zinsausgaben	251	243	228	215	217	-2
25 Globale Mehrausgaben (Flüchtlinge)				0	53	-53
26 Globale Minderausgaben				0	-20	+20
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>2.757</b>	<b>2.670</b>	<b>2.793</b>	<b>2.904</b>	<b>2.945</b>	<b>-41</b>
Veränderung ggü. Vorjahr (in %)	+10,8	-3,2	+4,6	+4,0	+5,4	
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-565</b>	<b>-315</b>	<b>-175</b>	<b>-226</b>	<b>-406</b>	<b>+180</b>
30 Konsolidierungshilfen	150	150	150	150	150	
Zwischenergebnis	-415	-165	-26	-76	-256	+180
40 Rücklagensaldo (Zuführung/ Entnahme)	-3	10	55	-19	1	-19
<b>Nettokreditaufnahme</b>	<b>412</b>	<b>175</b>	<b>80</b>	<b>57</b>	<b>257</b>	<b>-200</b>

**Abrechnung der Produktplanhaushalte 2017**

hier: Vorschlag der Senatorin für Finanzen

Senatorin für Finanzen

Ref. 21

14.02.2018

- Beträge in €-	Land					andere Sonder- rücklagen
	Verlustvortrag	Sonderrücklage	allg. Budgetrücklage	Ausgabereste	investive Rücklage	
	Mindereinnahmen (-); Überschreitungen (-); Ausgleiche (+)	Zentrale Personalrücklage PPL 92	kons. Mehreinnahmen; rücklagefähige Personalausgaben	Personal, konsumtive Ausgaben; Sonstige	inv. Mehreinnahmen; inv. Ausgabereste	
01 Bürgerschaft	0,00	0,00	159.932,35	1.658.040,12	10.059,62	
02 Rechnungshof	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
03 Senat, Senatskanzlei	0,00	0,00	33.254,77	196.543,18	9.163,65	
05 Bundes-/Europaangelegenheiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
06 Datenschutz u. Informationsfreiheit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
07 Inneres	0,00	0,00	0,00	15.312,46	560.710,08	
08 Gleichberechtigung der Frau	0,00	0,00	0,00	49.880,00	13.470,00	
09 Staatsgerichtshof	0,00	0,00	0,00	2.261,58	0,00	
11 Justiz	0,00	0,00	4.362.090,00	3.565.830,00	236.850,00	
12 Sport	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
21 Kinder und Bildung	0,00	0,00	0,00	301.252,43	0,00	
22 Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
24 Hochschulen u. Forschung	-499.676,47	0,00	0,00	2.063.860,43	2.989.746,00	-216.381,25
31 Arbeit	4.021.867,13	0,00	1.019,92	19.776.957,16	36.478,94	484.359,70
41 Jugend und Soziales	0,00	0,00	0,00	274.227,81	0,00	
41 Sozialleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
51 Gesundheit	0,00	0,00	0,00	388.538,38	8.372.825,99	
68 Umwelt, Bau, Verkehr	3.232.099,01	0,00	521.605,21	19.129.191,23	12.368.560,67	
71 Wirtschaft	3.672.125,00	0,00	264.244,92	508.906,09	25.429.141,42	-8.484.660,92
81 Häfen	0,00	0,00	0,00	46.806,23	0,00	367.758,19
91 Finanzen/Personal	0,00	0,00	436.678,92	8.520.797,69	311.553,97	
92 Allgemeine Finanzen	0,00	2.380.318,24	1.197.894,67	10.601.508,07	661.728,78	222.574,84
93 Zentrale Finanzen	0,00	0,00	0,00	0,00	1.162.853,95	241.750.916,56
96 IT-Budget	0,00	0,00	0,00	2.146.200,95	13.000.553,54	
97 Immobilienwirtschaft und - management	0,00	0,00	0,00	0,00	2.770.000,00	
<b>Gesamt</b>	<b>10.426.414,67</b>	<b>2.380.318,24</b>	<b>6.976.720,76</b>	<b>69.246.113,81</b>	<b>67.933.696,61</b>	<b>234.124.567,12</b>

**Abrechnung der Produktplanhaushalte 2017**

hier: Vorschlag der Senatorin für Finanzen

Senatorin für Finanzen

Ref. 21

14.02.2018

- Beträge in € -	STADT					
	Verlustvortrag	Sonderrücklage	allg. Budgetrücklage	Ausgabereste	investive Rücklage	andere Sonder-rücklagen
	Mindereinnahmen; Überschreitungen; Ausgleiche	Zentrale Personalsrücklage PPL 92	kons. Mehreinnahmen; rücklagefähige Personalausgaben	Personal, konsumtive Ausgaben; Sonstige	inv. Mehreinnahmen; inv. Ausgabereste	
01 Bürgerschaft	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
02 Rechnungshof	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
03 Senat, Senatskanzlei	0,00	0,00	0,00	270.515,06	905.185,32	0,00
05 Bundes-/Europaangelegenheiten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
06 Datenschutz u. Informationsfreiheit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
07 Inneres	-3.060.867,42	0,00	0,00	0,00	289.656,25	0,00
08 Gleichberechtigung der Frau	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
09 Staatsgerichtshof	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11 Justiz	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12 Sport	406,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21 Kinder und Bildung	0,00	0,00	0,00	3.205.902,10	2.552.337,43	0,00
22 Kultur	0,00	0,00	0,00	0,00	202.648,18	0,00
24 Hochschulen u. Forschung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
31 Arbeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16.547,91
41 Jugend und Soziales	0,00	0,00	0,00	530.334,48	8.364,27	0,00
41 Sozialleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
51 Gesundheit	0,00	0,00	0,00	269.755,80	76.000,00	0,00
68 Umwelt, Bau, Verkehr	0,00	0,00	1.841.106,00	12.400.400,31	10.632.831,27	0,00
71 Wirtschaft	0,00	0,00	5.841,05	18.400,98	631.952,10	0,00
81 Häfen	0,00	0,00	59.586,91	517.428,63	193.606,17	0,00
91 Finanzen/Personal	0,00	0,00	0,00	137.346,51	0,00	0,00
92 Allgemeine Finanzen	0,00	6.798.398,97	0,00	20.412.846,41	89.041,64	883.367,12
93 Zentrale Finanzen	0,00	0,00	0,00	0,00	667.524,92	195.000.000,00
96 IT-Budget	0,00	0,00	0,00	3.060.398,99	3.516.991,84	0,00
97 Immobilienwirtschaft und -management	0,00	0,00	0,00	0,00	5.318.533,00	0,00
<b>Gesamt</b>	<b>-3.060.461,31</b>	<b>6.798.398,97</b>	<b>1.906.533,96</b>	<b>40.823.329,27</b>	<b>25.084.672,39</b>	<b>195.899.915,03</b>